

**Beschluss (vorläufig)** Kapitel 3: Sichern und stärken, was uns ausmacht:  
Freiheit, Demokratie und Menschenrechte

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 10.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-F Europawahlprogramm (Kapitel 3)

- 1 Die Europäische Union hat Unglaubliches geleistet: Zum ersten Mal in der Geschichte
- 2 unseres
- 3 Kontinents leben wir in einem gemeinsamen Raum des Rechts und nicht nach dem
- 4 Prinzip „Recht
- 5 des Stärkeren“. Die EU hat schon viele Schritte für mehr Gleichberechtigung, für den
- 6 Schutz
- 7 von Minderheiten und für die Stärkung ihrer Demokratie getan.
- 8
- 9 Europas Werte sind basierend auf der Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie,
- 10 Gleichheit,
- 11 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Dieses Fundament muss all die
- 12 Bewohner\*innen der
- 13 Europäischen Union tragen und verdient es mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt
- 14 zu
- 15 werden, der in allen Mitgliedsstaaten gemeinsam gefeiert wird.
- 16
- 17 Doch in den letzten Jahren und Monaten haben nationale und nationalistische,
- 18 reaktionäre,
- 19 populistische und völkisch-rassistische Parteien die Grundprinzipien der Europäischen
- 20 Einigung angegriffen und ausgehöhlt. Wir stehen für die Stärkung der Demokratie und
- 21 wünschen
- 22 uns gerade in Zeiten des Erstarkens der extremen Rechte ein solidarisches Europa,
- 23 das sich
- 24 sozial erneuert und in dem Menschen sich frei begegnen können. Das heißt nicht,
- 25 Mitgliedsstaaten zu entmachten, sondern nationale Kompetenzen zu bündeln, um
- 26 einen Raum der
- 27 Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten.
- 28
- 29 Diese Idee eines freiheitlichen demokratischen Europas leben wir und werden die
- 30 Werte
- 31 Europas verteidigen. Wenn nationale Regierungen Rechte von Andersdenkenden mit
- 32 Füßen treten
- 33 und die Unabhängigkeit von Justiz oder Presse in Frage stellen, stärken wir gezielt die
- 34 demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Wenn autoritäre
- 35 Regierungen in
- 36 Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch Korruption untergraben, soll
- 37 die
- 38 EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder
- 39 entziehen können.
- 40 Wenn Menschen im Netz angegriffen werden, zum Beispiel aufgrund ihres Aussehens,
- 41 ihrer
- 42 Behinderung oder sexuellen Identität oder weil sie angeblich nicht die richtige
- 43 Herkunft
- 44 oder Religion haben, dann wollen wir gesamtgesellschaftliche Antworten mit einem
- 45 Fokus auf

25 effiziente Rechtsdurchsetzung auch gegenüber internationalen Konzernen entwickeln.  
26 Eine  
27 anlasslose Massenüberwachung lehnen wir ab. Wenn Menschen sich aus Not in die  
28 Hände von  
29 Schleppern und Schmugglern begeben müssen, schaffen wir legale Flucht- und  
30 Migrationswege  
31 und ein Einwanderungsgesetz, damit das Sterben auf dem Mittelmeer beendet und  
32 Einwanderung  
33 ermöglicht wird.

34 Aber es bleibt viel zu tun: Demokratische Strukturen und Beteiligungsrechte wollen wir  
35 stärken, Minderheiten noch effektiver schützen, Grundrechte ausbauen und Sicherheit  
36 gewährleisten.

### 33 **3.1. Grundrechte in der Europäischen Union sichern**

34 Wir sind der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit,  
35 Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte  
36 der  
37 Personen, die Minderheiten angehören, verpflichtet. Die Werte der Europäischen Union  
38 bilden  
39 das Fundament der EU.

38 Wenn aber nationale Regierungen diese Rechte mit Füßen treten und immer  
39 autoritärer werden,  
40 die Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit einschränken, Minderheiten schikanieren,  
41 die  
42 Unabhängigkeit der Justiz oder die Freiheit der Künste aufheben, dann steht die EU  
43 häufig  
44 nur ratlos daneben.

42 Wir müssen daher die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten  
43 stärken.

43 Entsprechend wollen wir die Möglichkeiten der EU erweitern. Dafür gibt es nicht die  
44 eine  
45 Antwort, sondern es braucht ein Paket an Maßnahmen. Wir schlagen daher folgende  
46 Punkte zur  
47 Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Europäischen Union vor:

46 Die Europäische Grundrechtecharta verbindlich machen

47 Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger die gleichen  
48 einklagbaren Grundrechte bekommen, um ihre Grundrechte und die Demokratie in  
49 allen  
50 Mitgliedsländern besser verteidigen zu können. Die bestehende Grundrechtecharta der  
51 EU  
52 beinhaltet grundlegende politische Freiheiten und demokratische Prinzipien, ebenso  
53 wie  
54 moderne Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel auf Zugang zu guter  
55 Gesundheitsversorgung und guter Bildung. Derzeit gilt die Grundrechtecharta  
56 allerdings  
57 unmittelbar nur für europäische Gesetze und Organe. Für das Handeln nationaler  
58 Regierungen

54 ohne Bezug auf das Europarecht gelten die Grundrechte des jeweiligen Landes und die  
55 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).

56 Wir wollen eine Reform der Grundrechtecharta, so dass ihr Anwendungsbereich so  
57 ausgeweitet  
58 wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger der EU die in der Charta enthaltenen  
59 Grundrechte im  
60 national vorgesehenen Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten  
61 einklagen  
62 können. Das würde sie massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie  
63 und  
64 Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien  
65 angegriffen werden. Die Grundrechtecharta muss dabei uneingeschränkt auch in der  
66 digitalen  
67 Sphäre durchgesetzt und hierfür gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

68 Europaweiter Einsatz für Kinderrechte und Kinderschutz

69 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen  
70 unseres  
71 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge, damit sich sie sich altersgerecht  
72 entwickeln und  
73 zu selbstbewussten Persönlichkeiten heranwachsen können. Das Kindeswohl ist bei  
74 allen  
75 Angelegenheiten, die Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen.

76 Kinderrechte müssen EU-weit gelten und Kinderschutz umfassend gestärkt werden.  
77 Deswegen  
78 setzen wir uns für eine konsequente Förderung der Kinderrechte und des  
79 Kinderschutzes im  
80 Sinne der UN-Kinderrechtskonvention durch die Europäische Union ein.

81 Die Europäische Union muss wirksam darauf hinarbeiten, dass ihre hohen Standards  
82 im Bereich  
83 Kinderrechte auch von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Einrichtungen der  
84 Jugendhilfe in den Mitgliedsstaaten müssen gestärkt, Beratungsangebote ausgebaut  
85 und  
86 materielle Notlagen abgedeckt werden. Besonderes Augenmerk muss auf dem Schutz  
87 der Kinder  
88 vor Gewalt und Vernachlässigung liegen.

89 Unabhängige Prüfung von Demokratie und Menschenrechten in den EU-  
90 Mitgliedstaaten

91 Der Übergang von legitimen Maßnahmen zu Verletzungen demokratischer Prinzipien  
92 oder gar  
93 systematischen Menschenrechtsverletzungen ist nicht immer einfach festzustellen.  
94 Der EU  
95 fehlt es bislang sowohl an klaren Kriterien als auch an Strukturen dafür. Deswegen  
96 brauchen  
97 wir ein unabhängiges Gremium aus Verfassungsexpert\*innen, das alle Mitgliedsländer  
98 regelmäßig auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze hin überprüft. Wir schlagen  
99 dafür  
100 eine „Kopenhagen-Kommission“ vor. Sie soll Kriterien für die Überprüfung auf

Grundlage der  
83 in Artikel 2 des EU-Vertrages verankerten Prinzipien wie Achtung der Menschenwürde,  
84 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte

85 entwickeln. Das Gremium soll durch die nationalen Parlamente sowie das  
Europaparlament  
86 besetzt werden.

87 Die „Kopenhagen-Kommission“ soll weisungsunabhängig und kontinuierlich alle  
Mitgliedsländer  
88 überprüfen und einmal jährlich über jedes Land berichten. Sie soll eng mit der  
89 Grundrechteagentur zusammenarbeiten und diese als Ressource nutzen. Zusätzlich  
wollen wir  
90 auch das Mandat der Grundrechteagentur stärken und ihre finanzielle Mittel erhöhen.  
Die  
91 Ergebnisse der Kommission werden im Europaparlament, im Europäischen Rat und in  
den  
92 nationalen Parlamenten diskutiert. Bei akuten und gravierenden Verletzungen von  
93 demokratischen Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze  
erstellt  
94 die Kommission Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission  
95 Sanktionsmöglichkeiten wie Geldstrafen vor.

96 Fördermittel an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte  
binden

97 Derzeit hat die EU gegenüber Mitgliedsländern bei erheblichen Verletzungen von  
98 demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien nur die Möglichkeit, ein Verfahren  
99 einzuleiten, das in letzter Instanz zu einem Stimmentzug dieses Mitgliedslandes führen  
kann.

100 Wir fordern für die EU weitere Möglichkeiten, auf entsprechende Probleme zu  
reagieren. Dazu  
101 schlagen wir vor, bei der Vergabe von europäischen Fördermitteln anzusetzen, denn  
102 europäische Ausgaben müssen auch europäischen Werten folgen.

103 Ein Entzug von Fördermitteln könnte jedoch die breite Bevölkerung treffen und nicht  
nur die  
104 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass  
dem  
105 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern zielgerichtet  
106 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere  
107 Fördermittelempfänger\*innen ausgegeben werden. So kann das Geld weiterhin dort  
ankommen, wo  
108 es gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei  
den  
109 nationalen Regierungen.

110 Keine Fördermittel ohne Kooperation bei der Kontrolle

111 Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaat. Um unter anderem Korruption bei  
der  
112 Vergabe von europäischen Mitteln besser auf die Schliche zu kommen, hat die  
Europäische  
113 Union endlich eine Europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet. Allerdings wollen sich

nicht  
114 alle Mitgliedstaaten vom Europäischen Staatsanwalt über die Schulter schauen lassen.  
Aber  
115 wir sagen: Wer Gelder von der EU haben möchte, muss auch Kontrollen über die  
rechtmäßige  
116 Verwendung zulassen und dafür mit der Europäischen Staatsanwaltschaft kooperieren.  
Wenn ein  
117 Mitgliedsland dies nicht tut, können dort nur Fördermittel an jene Akteur\*innen  
ausgezahlt  
118 werden, die eine Überprüfung durch die Europäische Staatsanwaltschaft zulassen.  
119 Whistleblower schützen  
120 Menschen, die sich trauen, Korruption offenzulegen, müssen besser geschützt werden.  
Daher  
121 ist der Schutz von Hinweisgebern (Whistleblowern) nicht nur im Bereich der EU-  
Finanzen  
122 nötig, sondern muss auch bei anderen illegalen Machenschaften gelten. Auf Druck der  
Grünen-  
123 Fraktion im Europaparlament hat die Europäische Kommission einen Vorschlag  
gemacht, um  
124 europaweit Whistleblower besser zu schützen, die im allgemeinen Interesse der  
Bevölkerung  
125 Missstände aufdecken und dazu zum Beispiel Betriebsgeheimnisse preisgeben  
müssen. Nun gilt  
126 es, daraus auch ein Gesetz zu machen, inklusive eines europäischen  
Zeugenschutzprogramms, um  
127 Whistleblower vor Racheakten zu schützen. Auch um den Schutz von  
Hinweisgeber\*innen zu  
128 gewährleisten, verteidigen wir das bestehende Recht auf die anonyme und  
pseudonyme Nutzung  
129 von Telemedien.  
130 Unabhängigen Journalismus fördern  
131 Unabhängige und demokratische Medien sind ein Garant für eine kritische Debatte  
und eine  
132 demokratische Gesellschaft. Kritische Journalist\*innen leisten dazu einen wesentlichen  
133 Beitrag. In den letzten Jahren mussten wir aber erleben, dass Journalist\*innen immer  
134 stärkeren Gefahren ausgesetzt sind. Trauriger Höhepunkt ist die Ermordung der  
Bloggerin  
135 Daphne Caruana Galizia und des Investigativreporters Jan Kuciak in Malta bzw. der  
Slowakei.  
136 Die menschenfeindliche Hetze gegen Journalist\*innen und Medien muss aufhören.  
Europa muss  
137 ein Garant für die Pressefreiheit und unabhängigen Journalismus bleiben.  
138 Für die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen sind Bürger\*innen zudem  
auf eine  
139 vitale regionale Berichterstattung angewiesen. Hier ist in den vergangenen Jahren ein  
140 starker Verlust an Vielfalt und Qualität zu verzeichnen: Immer mehr lokale Medien,  
auch

141 Blogs, können ihr Angebot nur noch schwer finanzieren. Wir wollen deshalb  
unabhängige Medien  
142 weiter fördern, z.B. in der EU-Förderpolitik, durch Förderung des Wettbewerbs oder  
durch  
143 einen Fond für investigativen Journalismus. Wir fordern die Einrichtung einer  
Europäischen  
144 Zentrale für politische Bildung. Wir wollen ARTE in die wichtigsten EU-Sprachen  
übersetzen.  
145 Unterstützung von Zivilgesellschaften und Medienvielfalt in der EU  
146 In vielen Ländern schränken Regierungen den Einfluss und Handlungsspielraum  
147 zivilgesellschaftlicher Initiativen, von Künstler\*innen und Journalist\*innen systematisch  
148 ein. Doch Demokratie kann ohne eine aktive politische Zivilgesellschaft nicht  
funktionieren.  
149 Um den Einschränkungen zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume („shrinking  
spaces“)  
150 entgegenzutreten, ist ein Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidiger\*innen  
151 innerhalb der EU sinnvoll. Darüber hinaus streben wir die Einführung der Rechtsform  
eines  
152 "Europäischen eingetragenen Vereins" an, um Nichtregierungsorganisationen  
europaweit der  
153 Willkür der Nationalregierungen zu entziehen und ihren Status europäisch zu schützen.  
So  
154 können jene, die sich hier für Demokratie einsetzen, unterstützt werden.  
155 Wer GRÜN wählt, stimmt für  
156 • die Anwendbarkeit der EU-Grundrechtecharta auf nationale Gesetze,  
157 • die systematische Prüfung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in allen  
EU-  
158 Mitgliedstaaten,  
159 • schärfere Maßnahmen gegen Korruption und bei Missachtung der europäischen  
Werte,  
160 • ein europäisches Whistleblower-Schutz-Gesetz,  
161 • einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsaktivist\*innen in der EU.

### 162 **3.2 Europäische Demokratie stärken**

163 Wir wollen die Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union noch demokratischer  
machen,  
164 das Parlament stärken und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und  
Bürger  
165 verbessern.  
166 So ist das Europäische Parlament direkt gewählt, jedoch dem Europäischen Rat und  
dem  
167 Ministerrat noch immer nicht in allen Politikfeldern gleichgestellt, zum Beispiel in der

168 Steuerpolitik oder der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Das muss sich dringend  
ändern:  
169 Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat  
entscheiden  
170 können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung  
erhalten.  
171 Die wachsende Bedeutung einer starken EU als Vertreterin der europäischen  
Bevölkerung in der  
172 Welt, als Gegengewicht gegen die Interessen multinationaler Unternehmen und als  
Streiterin  
173 für Frieden, Nachhaltigkeit und eine gerechte globale Entwicklung gerät mit der  
174 Nationalstaatsidee des 19. und 20. Jahrhunderts in ein immer größeres  
Spannungsverhältnis.  
175 Die EU soll kein zentralistischer Superstaat sein. Gleichzeitig müssen die  
demokratische  
176 Legitimation der EU und die Einflussmöglichkeiten der Bürger\*innen mit dem Gewicht  
der  
177 Aufgaben der EU Schritt halten. Die europäische Zivilgesellschaft und die politischen  
178 Akteur\*innen in EU und Mitgliedstaaten müssen in den nächsten Jahren entscheiden,  
wie sie  
179 auf dem Weg der politischen Integration vorankommen wollen.

180 Wir wollen eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von  
Europa,  
181 den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik führen und in die  
Gesellschaft  
182 tragen. Als Teil dieser Frage ist auch zu klären, wie die Rolle der Regionen innerhalb  
der  
183 Europäischen Union gestärkt werden kann, also etwa, ob es ausreicht, das  
184 Subsidiaritätsprinzip auszuweiten oder ob in mehr Autonomie und Souveränität der  
Regionen  
185 unter einem europäischen Dach auch Chancen liegen. Mittelfristig treten wir dafür ein,  
den  
186 Rat in eine zweite Kammer zu überführen. Wir wollen diskutieren, ob diese aus den  
187 Regierungen der Mitgliedstaaten oder den Regionen zusammengesetzt ist. Diese  
zweite Kammer  
188 bildet zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative.  
189 Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine  
öffentliche  
190 Debatte im Rat stattgefunden haben muss. Dabei müssen alle EU-Regierungen ihre  
jeweils  
191 aktuelle Position zum Ratspräsidentenschaftsvorschlag vorlegen.

192 Wir wollen für alle verbleibenden Politikbereiche, in denen heute noch per  
193 Einstimmigkeitsprinzip entschieden wird, Mehrheitsentscheidungen einführen. Das  
betrifft  
194 hauptsächlich die Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik sowie die  
Steuerpolitik. Damit  
195 stärken wir Europas Handlungsfähigkeit und verhindern, dass einzelne Mitgliedsländer  
196 grundlegende Entscheidungen blockieren können.  
197 Damit Klimaschutz und die mit ihm eng zusammenhängende Energiepolitik  
vorankommen, einzelne

198 Länder Fortschritte nicht blockieren können und Europa handlungsfähiger wird, setzen  
wir uns  
199 für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in allen Bereichen der Energiepolitik im  
200 Europäischen Rat ein.

201 Während das Europaparlament im Plenum und in den Ausschüssen öffentlich tagt, ist  
der Rat  
202 trotz Verbesserungen noch immer eine Art „Black Box“: Es ist kaum nachvollziehbar,  
welches  
203 Mitgliedsland sich dort wie positioniert. Hier wollen wir mehr Transparenz, so dass alle  
204 Mitgliedsländer offenlegen müssen, wofür sie in Brüssel eintreten.

205 Mehr Transparenz braucht es ebenso bei den Interessenvertreter\*innen, die in Brüssel  
aktiv  
206 sind. Zwar besitzen das Europäische Parlament und die EU-Kommission im Gegensatz  
zum  
207 Bundestag ein Lobbyregister, aber dieses ist noch nicht ausreichend verbindlich. Um  
höchste  
208 Transparenz zu schaffen, wollen wir verbindliche Lobbyregister für alle EU-  
Institutionen,  
209 striktere Karenzzeiten und einen "legislativen Fußabdruck" durch den die  
Einflussnahme  
210 Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird - kontrolliert durch eine unabhängige  
211 Institution auf EU-Ebene. Wir wollen die bestehende Verordnung über den Zugang der  
212 Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung  
weiterentwickeln.

213 weiterentwickeln.

214 Demokratie bedeutet: Bürger\*innen entscheiden selbst, durch Wahlen und durch  
Abstimmungen.

215 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) gibt ihnen die Möglichkeit, durch 1 Million  
216 Unterschriften neue EU-Gesetze anzustoßen. Der Vertrag von Lissabon geht damit den  
ersten  
217 kleinen Schritt zu direkter Demokratie in Europa. Wir wollen dieses Instrument zur  
Teilhabe  
218 stärken, ausbauen und entbürokratisieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollen auch  
eine Reform  
219 der Verträge fordern können. Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen dann  
auch zu  
220 Gesetzesvorschlägen führen. Daher muss die Kommission spätestens nach einem Jahr  
nach einer  
221 erfolgreichen Bürgerinitiative und einer Überprüfung auf die Vereinbarkeit mit den  
222 Grundrechten in der EU einen Gesetzesvorschlag vorlegen. In jedem Fall wollen wir,  
dass das  
223 Parlament zu einer Plenumsabstimmung über das Ziel der Initiative verpflichtet ist.

224 Eine Europäische Bürger\*innen Initiative (EBI) soll auch auf die Einberufung eines  
225 Bürgerforums gerichtet sein können, dessen Mitglieder nach dem Zufallsprinzip aus  
der  
226 gesamten EU-Bevölkerung ausgelost werden und die das vorgelegte Thema  
ausführlich beraten  
227 und konkrete Handlungsvorschläge in Form eines Bürgergutachtens machen.



- 228 Die Minority SafePack Initiative ist ein Beispiel für eine erfolgreiche Europäische  
229 Bürgerinitiative. Sie umfasst ein Paket von gesetzlichen Regelungen zum Schutz und  
zur  
230 Förderung von Minderheiten und Regionalsprachen und wird von uns ausdrücklich  
unterstützt.
- 231 Wir setzen uns für das einheitliche Recht ein, ab spätestens 16 Jahren bei  
Europäischen  
232 Bürgerinitiativen und Wahlen zum EP mitzustimmen.
- 233 Wir treten dafür ein, dass Unionsbürger\*innen an ihrem ständigen Wohnsitz überall in  
der EU  
234 mitwählen dürfen, wenn sie seit fünf Jahren dort leben – und nicht nur für  
235 Kommunalparlamente und das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen  
und nationalen  
236 Wahlen. Als nächsten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht auch Menschen  
ohne deutschen  
237 Pass oder Unionsbürger\*innenschaft eröffnen.
- 238 Für die Europawahlen unterstützen wir weiterhin das Prinzip der europäischen  
239 Spitzenkandidat\*innen und transnationalen Listen. Sobald die Möglichkeit einer  
240 transnationalen Liste besteht, sollten die Spitzenkandidat\*innen eine europäische  
241 Parteiliste anführen. Zugleich halten wir an der Position fest, dass Präsident\*in der  
242 Europäischen Kommission nur werden kann, wer zuvor als Spitzenkandidat\*in  
angetreten war.
- 243 Wir wollen, dass das Kollegium der EU-Kommissar\*innen mindestens zu 50 Prozent mit  
Frauen  
244 besetzt ist. Zur anstehenden Wahl im Mai ist eine Änderung des Wahlrechts aufgrund  
der Kürze  
245 der Zeit ausgeschlossen. Für die Zukunft wollen wir ein europäisches Wahlrecht mit  
246 transnationalen Listen, demokratischen Mindeststandards für Listenaufstellungen,  
247 Mindestquotierungen sowie Transparenzregeln für die Parteienfinanzierung.
- 248 Wir wollen die Kontrollrechte des Europaparlaments stärken. Dazu braucht es das  
Recht,  
249 Zeugen und Gesprächspartner vorzuladen, damit willkürliche Absagen zu  
Parlamentsanhörungen  
250 aufhören. Außerdem muss das Plenum des Europaparlaments über die Einrichtung  
eines  
251 Untersuchungsausschusses abstimmen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen.
- 252 Zur Änderung der Verträge unterstützen wir die Einberufung eines Europäischen  
Konvents oder  
253 einer gewählten verfassungsgebenden Versammlung. Über ihre Vorschläge sollten  
dann die EU-  
254 Bürger\*innen durch ein EU-weites Referendum zusammen mit den Mitgliedstaaten,  
diese  
255 möglichst mit einer qualifizierten Mehrheit, endgültig entscheiden können.
- 256 An der Umfrage der EU-Kommission zur Zeitumstellung haben 4,6 Millionen Menschen  
257 teilgenommen und ein klares Votum für ein Ende der Zeitumstellung abgegeben.  
Dieses begrüßen  
258 wir und werden uns weiterhin für das Ende der Zeitumstellung einsetzen.

259 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 260 • eine Stärkung des Europäischen Parlaments,
- 261 • mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat,
- 262 • ein verbindliches Lobbyregister,
- 263 • mehr direkte Demokratie durch die Aufwertung der Europäischen Bürgerinitiative.

### 264 **3.3 Einwanderung gestalten, Flüchtlinge schützen, Fluchtursachen anpacken**

265 Migration ist so alt wie die Menschheit. Sie ist Herausforderung, Antrieb für  
Entwicklung,  
266 Chance und bereichert Kulturen überall auf der Welt. Europa war und ist ein Kontinent  
der  
267 Migration. Menschen sind seit Jahrhunderten innerhalb Europas von einem in ein  
anderes Land  
268 gezogen, haben den Kontinent verlassen, oder haben ihn neu bereichert. Der Abbau  
der Grenzen  
269 innerhalb Europas und des Rechts auf Freizügigkeit war und ist eine der größten  
270 Errungenschaften, denn der Wohlstand der Europäischen Union beruht nicht nur auf  
der  
271 Freiheit von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Essentiell für das  
Zusammenwachsen Europas  
272 war stets die Freizügigkeit der Arbeitnehmer\*innen. Möglich wurde dies, weil Europa  
früh  
273 Beschränkungen und bürokratische Hindernisse abgebaut hat, um die Migration auf  
dem  
274 Arbeitsmarkt zu begünstigen, unter anderem dadurch, dass Familienmitglieder von  
275 Arbeitnehmer\*innen selbstverständlich die gleichen Rechte wie Inländer\*innen  
erhalten.

276 Doch seit dem Erstarken von Rechtspopulisten und -extremisten in Europa haben wir  
erleben  
277 müssen, dass diese Errungenschaften keine Selbstverständlichkeiten sind. Für die  
Zukunft  
278 Europas ist es existentiell, ob Menschenrechte und demokratische Prinzipien, wie es in  
279 Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union heißt, auch künftig das Fundament  
unserer  
280 Gemeinschaft bilden. Besonders vor dem Hintergrund unserer Geschichte stehen wir  
für die  
281 Unveräußerlichkeit der Menschenrechte und das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige.  
Sie zu  
282 erhalten und gegen eine Rückkehr ins Nationale zu verteidigen, ist eine unserer  
zentralen  
283 Aufgaben. Zu einer humanitären und geordneten Migrations- und Asylpolitik müssen  
alle EU-  
284 Staaten beitragen.

285 Zugleich darf die Freiheit innerhalb Europas nicht zu einem Bollwerk nach außen  
werden. Bis

286 heute haben die EU-Mitgliedstaaten keine überzeugende gemeinsame und humanitäre  
Antwort auf  
287 Migration und Flucht gegeben. Tagtäglich sterben Menschen auf dem Weg nach  
Europa. Das  
288 Dublin-System, wonach Asylsuchende in dem Land Asyl beantragen müssen, das sie  
zuerst  
289 betreten haben, ist ungerecht, wirkungslos und gescheitert. Damit wird die  
Verantwortung  
290 aber weiter einseitig auf die Länder an den südlichen und östlichen Außengrenzen der  
EU  
291 abgewälzt, statt eine faire Verteilung der Geflüchteten in Europa zu organisieren.  
Oftmals  
292 werden dadurch Menschen, die lange hier leben und gut integriert sind, abgeschoben.  
Das  
293 steht einer gerechten Asylpolitik im Wege und soll daher vermieden werden.  
Menschenrechte  
294 sind unteilbar und dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Wir benötigen ein  
fares  
295 Verteilungssystem mehr denn je.

296 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre Verantwortung, das  
Grundrecht  
297 auf Asyl und den ungehinderten Zugang für Schutzsuchende und die Notwendigkeit,  
Verfahren  
298 nach völkerrechtlichen Standards fair, zügig und geordnet durchzuführen,  
zusammenbringt. Ein  
299 Europa, das Menschen, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen müssen,  
Schutz  
300 gewährt, anstatt sich mit Hilfe von Autokratien und Militärdiktaturen abzuschotten. Ein

301 Europa, das legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bietet. Ein Europa,  
das  
302 Asylsuchenden ein faires Verfahren und eine menschenwürdige Unterbringung  
garantiert und  
303 seine Grenzen kontrolliert. Ein Europa, das Fluchtursachen und nicht Flüchtlinge  
bekämpft.  
304 Ein Europa, das das Sterben im Mittelmeer beendet.

305 Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Auf dieser Grundlage setzen wir uns für  
einen  
306 gemeinsamen Aufbruch einer humanitären Koalition von Mitgliedstaaten und  
Kommunen ein, die  
307 zusammen die Ärmel hochkrempeln und sich solidarisch an der Aufnahme von  
Geflüchteten  
308 beteiligen wollen.

309 Gemeinsames Europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration

310 Bis heute sind Europäer\*innen diejenigen, die am wenigsten Hürden erleben, wenn sie  
311 auswandern wollen. Aber in die EU einzuwandern, ist für viele Menschen quasi  
unmöglich. Da  
312 bislang nur ein europäisches System der Arbeitsmigration für Hochqualifizierte  
besteht,

313 gehen jedoch auch potentielle Migrant\*innen den Weg über das Asylsystem und  
scheitern.  
314 Arbeitsmigration ist jedoch nicht nur eine Realität, sondern in Zeiten des  
Fachkräftemangels  
315 und demographischen Wandels auch eine Notwendigkeit für Staaten wie Deutschland.  
Mit dem UN-  
316 Migrationspakt (Global Compact for Migration) haben die Mitgliedstaaten der Vereinten  
Nationen ein sehr umfassendes Rahmenwerk für sichere und geordnete Migration  
erarbeitet. Auf  
317 dieser Grundlage soll ein europäisches Einwanderungsrecht mit gemeinsamen  
Rahmenregelungen  
318 dabei helfen, gleiche Standards in Europa für die sichere und legale Einwanderung von  
Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren.  
Denn auch  
319 die internationale und europäische Arbeitsmigration muss im Einklang mit den  
Menschenrechten  
320 stehen. Bei der Ausgestaltung der Regelungen geht es uns darum, die vielfältigen  
Chancen der  
321 Migration für Migrant\*innen, Ursprungs- und Empfängerländer zu nutzen.  
322 Legale Fluchtwege schaffen  
323 Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die  
angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer  
aufs  
324 Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchtalternativen schaffen. Wir wollen, dass  
Menschen  
325 nicht länger lebensgefährliche Fluchtwege über Kriegsgebiete, Wüsten und Meere  
nach Europa  
326 auf sich nehmen müssen. Kooperationen der EU und deren Mitgliedstaaten mit  
Drittstaaten  
327 müssen stets nach der Maßgabe erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte sowie  
Europäische  
328 Standards eingehalten werden. Daher dürfen die katastrophalen humanitären  
Zustände in Libyen  
329 und anderen Staaten nicht länger ignoriert werden. Die Kooperation mit der libyschen  
Küstenwache muss ein Ende haben.  
330 Die EU-Mitgliedstaaten können Geflüchteten Schutz und eine verlässliche Perspektive  
sowie  
331 Planbarkeit für die aufnehmenden Länder bieten. Und es ist allein eine Frage des  
politischen  
332 Willens, die Länder an den EU-Außengrenzen endlich zu entlasten. Dazu wollen wir –  
neben der  
333 Familienzusammenführung und humanitären Visa – großzügige und verlässliche  
Aufnahmekontingente über das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der  
Vereinten  
334 Nationen (UNHCR) ermöglichen. Die EU-Länder müssen ihren Anteil an den jährlichen,  
vom UNHCR  
335 ermittelten Resettlement-Bedarfe entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen. Das  
individuelle Asylrecht wird dadurch nicht angetastet. Zugleich nehmen wir unsere  
336

humanitäre  
342 Verantwortung gegenüber besonders schutzbedürftigen Geflüchteten wahr –  
beispielsweise aus  
343 UN-Flüchtlingslagern in Jordanien, dem Libanon oder der Türkei.  
344 Ausbeutung von Migrant\*innen und Geflüchteten verhindern  
345 Zahlreiche Migrant\*innen und Geflüchtete werden in der europäischen Landwirtschaft,  
der  
346 Gastronomie und dem Baugewerbe ausgebeutet. Große Supermarktketten – gerade  
auch aus  
347 Deutschland – verkaufen Obst und Gemüse, das unter ausbeuterischen Bedingungen  
in Europa  
348 angebaut wird. Arbeitsschutzbedingungen werden systematisch verletzt und Löhne  
weit  
349 unterhalb der gesetzlichen Bestimmungen gezahlt. Diese Form der modernen  
Sklaverei gehört  
350 beendet. Die EU-Richtlinie zu Sanktionen gegen Arbeitgeber\*innen muss konsequent  
angewendet  
351 und gegebenenfalls verschärft werden. Wir wollen Beschwerdestellen einrichten, an  
die sich  
352 Whistleblower\*innen und Opfer von Ausbeutung, auch anonym, wenden können. Auch  
für  
353 Geflüchtete gelten im digitalen Zeitalter Datenschutz, das Recht auf die Integrität  
354 informationstechnischer Systeme sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.  
355 Kinder vor Gewalt schützen  
356 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder  
357 politischer Verfolgung. Das Fehlen einer solidarischen Verteilungspolitik in Europa,  
aber  
358 auch die Beschränkungen beim Familiennachzug führen dazu, dass Kinder sich allein  
auf den  
359 Weg machen und dabei kriminellen Strukturen schutzlos ausgesetzt sind. Die  
Mitgliedsstaaten  
360 und die EU müssen dem Kindeswohl oberste Priorität einräumen. Kinder müssen  
angemessen  
361 untergebracht und versorgt werden. Inhaftierungen oder ein Leben in Lagern sind  
auch in  
362 Ausnahmefällen nicht zu tolerieren. Für die Kinder und Jugendlichen in den Hotspots  
an den  
363 europäischen Außengrenzen braucht es ein sofortiges europäisches  
Umverteilungsprogramm.  
364 Seenotrettung gegen das Sterben im Mittelmeer  
365 Das tausendfache Sterben im Mittelmeer muss beendet werden. Es ist eine  
unerträgliche  
366 Schande, dass tausende Menschen auf der Flucht nach Europa ertrinken. Sogar in der  
EU wird  
367 Rettungsbooten der seerechtlich garantierte sichere Hafen verweigert.  
Zivilgesellschaftliche  
368 Seenotrettungs- und Flüchtlingsorganisationen, die dort einspringen, wo die  
europäischen

369 Staaten versagen oder ihre Schutzpflicht sogar wissentlich verweigern, dürfen nicht  
370 kriminalisiert werden. Wer Flüchtlinge aus Seenot rettet, muss die Gewissheit haben,  
dafür  
371 nicht bestraft zu werden, denn er handelt im Einklang mit See- und Völkerrecht. Die  
372 Seenotretter\*innen haben unsere volle Solidarität und Unterstützung. Das entlässt die  
EU und  
373 die Mitgliedsstaaten nicht aus ihrer humanitären Pflicht, endlich ein europäisch  
374 organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.

375 Wir stellen uns an die Seite der vielen NGOs und Ehrenamtlichen in Europa, die jeden  
Tag  
376 Menschenleben retten und auch an Land in den Hotspots und anderen  
Aufnahmeeinrichtungen  
377 dafür sorgen, dass Geflüchtete versorgt, beraten und begleitet werden. Die  
Kriminalisierung  
378 von Zivilcourage und humanitärem Engagement muss beendet werden.

379 Grenzkontrollen und Erstunterbringung human organisieren, EU-Asylbehörde ausbauen  
380 Voraussetzung für einen solidarischen Verteilmechanismus und für die Freiheit im  
Inneren  
381 ist, dass wir wissen, wer zu uns in die EU kommt. Das dient auch dem sicheren Zugang  
zu  
382 einer guten Erstversorgung sowie zu einem fairen, nach völkerrechtlichen Standards  
383 ausgerichteten Asylverfahren in Europa. Denn zentraler Bestandteil einer  
384 menschenrechtlichen, humanen und geordneten Flucht- und Migrationspolitik ist, dass  
385 Asylsuchende an den Außengrenzen in Europa zuverlässig registriert und erstversorgt  
sowie  
386 ihre Daten abgeglichen werden. Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen  
387 kontrollieren und gemeinschaftlich vor Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel  
schützen. Die  
388 Vermengung dieser wichtigen grenzpolizeilichen Aufgaben mit der europäischen  
Asylpolitik und  
389 Flüchtlingsaufnahme ist jedoch zutiefst unseriös und politisch fahrlässig. Die  
europäische  
390 Flüchtlingspolitik lässt sich nicht über Grenzkontrollen lösen oder gestalten.  
Grenzschutz  
391 darf nicht bedeuten, dass niemand mehr rein kommt.

392 Wir wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz  
der  
393 Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine  
einseitige  
394 Aufrüstung von Frontex. Parallel dazu muss die EU-Asylbehörde in ihren Befugnissen so  
395 erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle  
396 Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die  
397 anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt. Sie muss die gemeinsamen  
europäischen  
398 Asylregeln gegenüber allen Mitgliedstaaten durchsetzen.

399 Essentiell dafür ist eine wirklich umfassende finanzielle, infrastrukturelle und  
personelle

400 Ausstattung dieser europäischen Erstaufnahmeeinrichtungen, damit nach einer  
401 umfassenden  
402 Erstversorgung und Registrierung die Menschen in die anderen EU-Staaten verteilt  
403 werden  
404 können. Dabei muss stets die Einhaltung menschenrechtlicher Standards kontrolliert  
405 werden.  
406 Geflüchtete Frauen, Kinder, LSBTIQ\* und Menschen mit Behinderung müssen  
407 umfassend vor Gewalt  
408 geschützt und ihre spezifischen Belange berücksichtigt werden. Die Aufnahme an den  
409 Außengrenzen darf für Geflüchtete nicht zur Sackgasse in Massenlagern werden.  
410 Zustände wie  
411 z.B. in dem Hotspot auf Lesbos sind mit den Werten Europas nicht vereinbar und  
412 müssen  
413 dringend beendet werden, indem Menschen aus diesen Lagern in EU-Staaten  
414 aufgenommen werden.

408 Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen und europäische Außenlager in  
409 Drittstaaten  
410 lehnen wir ebenso ab, wie Abschottungs-Abkommen, mit denen Menschen in  
411 Drittstaaten  
412 zurückgeschickt werden. Sie treten die Menschenrechte und internationales Recht mit  
413 Füßen,  
414 schaffen zusätzliches Leid und stärken autokratische Regime. Die finanzielle  
415 Unterstützung  
416 von repressiven Regimen entlang der Fluchtrouten lehnen wir entschieden ab. Die EU  
417 muss den  
418 UNHCR besser und kontinuierlich dabei unterstützen, eine menschenwürdige Situation  
419 in ihren  
420 Lagern herzustellen.

415 Die Einstufung von Staaten zu sicheren Dritt- oder Herkunftsländern ist aus unserer  
416 Sicht  
417 das falsche Instrument. Es beschleunigt zudem keine Verfahren. Wir halten das Prinzip  
418 für  
419 falsch. Um Verfahren zu beschleunigen, braucht es Personal und Priorisierungen.  
420 Rückführungen scheitern an fehlenden Rückführungsabkommen.

419 Dem Umbau des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zu einem Programm  
420 zum Abbau von  
421 Flüchtlingsrechten treten wir entschieden entgegen.

421 Ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem solidarischen  
422 Verteilmechanismus  
423 voranbringen

423 Zu einer humanitären und geordneten Migrationspolitik sollten alle EU-Staaten  
424 beitragen. Das  
425 Dublin-System schiebt derzeit die Verantwortung einseitig auf Spanien, Italien, Malta  
426 und  
427 Griechenland ab und hat ein gemeinsames Vorgehen in Europa unmöglich gemacht.  
428 Eine Reform  
429 dieses Systems und ein fairer und solidarischer Verteilungsmechanismus sind deshalb  
430 überfällig und wurden vom Europäischen Parlament längst beschlossen. Die

Ministerinnen und  
428 Minister der Mitgliedstaaten im Rat der EU müssen für diese Beschlüsse nun endlich  
den Weg  
429 frei machen und ebenfalls zustimmen. Gleichzeitig gilt aber auch: Wenn sich nicht alle  
EU-  
430 Staaten auf ein einheitliches Vorgehen bei der Asyl- und Migrationspolitik einigen  
können,  
431 müssen die Länder, die die Notwendigkeit eines menschenrechtskonformen und  
abgestimmten  
432 Systems erkannt haben, vorangehen. Für Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen  
möchten, fordern  
433 wir Direkthilfen der EU.

434 Viele europäische Kommunen haben als Reaktion auf die Schließung von Häfen für aus  
Seenot  
435 Gerettete Solidarität gezeigt und die Aufnahme der Menschen angeboten. Wir wollen,  
dass die  
436 EU diese Solidarität unterstützt und Projekte im Rahmen der „Solidarity Cities“  
finanziell  
437 verstärkt fördert.

438 Auch wenn längst nicht mehr so viele Menschen zu uns kommen wie zuvor sind viele  
regionale  
439 und kommunale Behörden mit einer Fülle von konkreten Herausforderungen  
konfrontiert:  
440 Unterbringung, soziale Integration, medizinische Versorgung und Bildung. Dies  
spiegelt sich  
441 bisher nicht angemessen in den Fördermöglichkeiten, die die EU im Rahmen des Asyl-,  
442 Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) zur Verfügung stellt, wider. Die EU sollte  
daher  
443 Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten direkt  
mit einem  
444 kommunalen Integrationsfonds unterstützen. Wir wollen die Kommunen finanziell und  
rechtlich  
445 in die Lage versetzen und sie ermuntern, sich an Resettlement- und europäischen  
446 Umverteilungsprogrammen zu beteiligen und Flüchtlinge auch in eigener  
Verantwortung  
447 aufzunehmen. Grundlage dafür müssen gemeinsame europäische Asylstandards sein,  
die nicht  
448 unter dem Existenzminimum in den jeweiligen EU-Ländern liegen dürfen. Die  
Regelungen der  
449 Aufnahmeleitlinie zur medizinischen Versorgung schutzbedürftiger Gruppen muss  
konsequent  
450 umgesetzt werden. Das umfasst die Gewährleistung und den Zugang zur  
erforderlichen  
451 medizinischen Versorgung vor Ort.

452 Freiwillige Ausreise stärken – Spurwechsel ermöglichen

453 Jeder Mensch auf der Flucht hat den Anspruch auf ein faires Asylverfahren, auch wenn  
dieses  
454 nicht für alle zu einer Aufenthaltserlaubnis führt. Nicht alle, die kommen, können  
bleiben.



455 Diejenigen, deren Asylanträge abgelehnt werden und bei denen keine anderen Gründe  
gegen eine  
456 Rückkehr sprechen, müssen zurückgeführt werden, aber Abschiebungen sind immer  
mit  
457 menschlichen Härten verbunden und in der Regel nicht freiwillig. Dieses im Verfahren  
zu  
458 berücksichtigen und menschliche Härten bei Rückführungen so weit wie möglich zu  
vermeiden,  
459 ist oberste Aufgabe einer verantwortlichen Asylpolitik. Freiwillige Rückkehr hat dabei  
immer  
460 Vorrang. Daneben setzen wir europaweit auf ergebnisoffene und unabhängige  
Rückkehrberatung.  
461 Auch eine angemessene Unterstützung für die Zeit nach der Rückkehr ist dabei  
wesentlich. Es  
462 muss außerdem sichergestellt sein, dass für diejenigen, die abgeschoben werden  
sollen, kein  
463 Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder eine erhebliche  
Gefahr für Leib,  
464 Leben und Freiheit drohen. Der Abschluss von Rückführungsabkommen muss künftig  
465 menschenrechtsbasierten Grundsätzen folgen und darf nicht mehr nur den  
innenpolitischen  
466 Interessen der EU Mitgliedsstaaten dienen. Der einseitige Fokus auf Grenzpolitik und  
das  
467 Knüpfen von Entwicklungshilfe an Bedingungen sind der falsche Weg und führen nicht  
dazu,  
468 dass die Ursachen von Flucht behoben werden.

469 Abkommen mit Staaten, die eine fragwürdige Menschenrechtsbilanz aufweisen, sollten  
vor allem  
470 dem Interesse dienen, Rechtsstaatlichkeit aufzubauen und Zivilgesellschaft vor Ort zu  
471 stärken. Beim Abschluss von Rückführungsabkommen wollen wir denjenigen Ländern  
im Gegenzug  
472 Unterstützung anbieten, die ihre Staatsbürger\*innen schnell und unbürokratisch  
wieder  
473 aufnehmen und ihnen Perspektiven sowie ein Leben in Sicherheit garantieren. Dieser  
Weg ist  
474 erfolgreicher, als darauf zu bestehen, dass diese Länder zusätzlich zu ihren eigenen  
475 Staatsbürger\*innen auch sogenannte Drittstaatler\*innen zurücknehmen, also  
Menschen, die auf  
476 ihrem Weg das Land lediglich durchquert haben.

477 Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehnen wir ab. Menschen, die bereits  
in  
478 Europa sind und die in Beschäftigung stehen, sollen im Rahmen eines sogenannten  
Spurwechsels  
479 ins europäische Einwanderungssystem wechseln und hier bleiben können.

480 Fluchtursachen anpacken – Globale Gerechtigkeit verwirklichen

481 Wir stehen für eine Politik, die globale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Diese Überzeugung  
482 leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Deshalb ist die beste  
Flüchtlingspolitik  
483 für uns diejenige, die vorausschauend dazu beiträgt, dass weniger Menschen auf der

## Welt

484 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Wir in Europa wollen dazu mehr beitragen,  
auch  
485 wenn viele Ursachen der Flucht nicht in unseren Händen liegen. Denn oft stehen zum  
Beispiel  
486 korrupte und rücksichtslose Eliten einer nachhaltigen Entwicklung in den  
Herkunftsländern im  
487 Weg. Und viele Menschen fliehen, weil ihnen grundlegende Freiheitsrechte fehlen.  
Doch es  
488 gibt auch Ursachen für Flucht, an denen wir in Europa sehr wohl beteiligt sind. Sie  
haben  
489 mit der Art, wie wir konsumieren, wirtschaften und handeln, zu tun.

490 Deshalb darf europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder  
Rüstungsexportpolitik  
491 nicht nur an ihrem Nutzen für unsere Gesellschaften gemessen werden und auch nicht  
länger  
492 Nachhaltigkeitsziele wie Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit  
konterkarieren.

493 Wir stehen für eine Handelspolitik, die fair, ökologisch und gerecht gestaltet ist und  
494 Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen die Entwicklung der  
Wirtschaft in  
495 den Partnerländern fördern, anstatt sie auszubeuten, und wollen wirkungsvoll gegen  
den  
496 Landraub internationaler Konzerne vorgehen. Wir unterstützen die globale  
Energiewende sowie  
497 die ärmsten Staaten beim Klimaschutz und bei der Anpassung an  
Klimaveränderungen. Wir treten  
498 für eine ökologische Agrarwende und ökologisch-gerechte Fischereiverträge ein.  
Außerdem  
499 gehören europäische Billigexporte in Entwicklungs- und Schwellenländer gestoppt,  
genauso wie  
500 Rüstungs- und Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete und die Ausfuhr  
europäischer  
501 Überwachungstechnologie an Diktaturen. Das internationale Versprechen, 0,7 Prozent  
der  
502 Wirtschaftsleistung in den jeweiligen EU-Mitgliedsstaaten für  
Entwicklungszusammenarbeit zu  
503 verwenden, wollen wir zuverlässig einhalten. Dauerhafter Frieden, Freiheit vor  
Verfolgung  
504 und nachhaltige Entwicklung in den Ländern des globalen Südens beginnen so auch  
bei uns.

505 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 506 • ein europäisches Einwanderungsrecht, das legale Migration ermöglicht,
- 507 • die Stärkung der Rechte und Interessen der (Arbeits-)Migrant\*innen und ihren Schutz  
vor
- 508 Ausbeutung,
- 509 • einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt,
- 510 • ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen
- 511 Verteilungsmechanismus,
- 512 • ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem.

### 513 **3.4 Ein Europa der Gleichberechtigung schaffen**

514 Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen  
Bereiche  
515 gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung  
ist lange  
516 Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch  
einiges zu  
517 tun, um Europa zu einem Kontinent der wirklichen Gleichberechtigung zu machen.

518 Doch aktuell werden diese Errungenschaften massiv in Frage gestellt. In Polen will die  
519 rechtskonservative Regierung das sehr restriktive Abtreibungsrecht noch weiter  
verschärfen.

520 In Ungarn soll nach dem Willen der Orbán-Regierung die Geschlechterforschung an  
521 Universitäten verboten werden. Und in ganz Europa vernetzen sich  
antiemanzipatorische  
522 Gruppierungen, um Kampagnen gegen legale Schwangerschaftsabbrüche,  
Sexualaufklärung und  
523 Gleichberechtigung zu starten.

524 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

525 Immer noch haben Frauen durchschnittlich weniger Geld und damit weniger Macht als  
Männer.  
526 Sie werden für gleichwertige Tätigkeiten schlechter bezahlt als ihre männlichen  
Kollegen.

527 Viele Frauen arbeiten in Berufen, die finanziell viel zu gering entlohnt werden, etwa in  
der  
528 Pflege oder der Kinderbetreuung. Im MINT-Bereich dagegen sind sie stark  
unterrepräsentiert.

529 In Deutschland klaffen die Löhne weiter auseinander als in allen anderen europäischen  
530 Staaten. Dadurch besteht die Gefahr, dass Frauen langfristig die mühsam errungenen  
531 Verbesserungen in der Gleichstellung verlieren.

532 Um das zu ändern, fordern wir eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die  
533 Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für  
alle  
534 schafft. Für Betroffene von Diskriminierung fordern wir die Möglichkeit, mit der  
535 Unterstützung von Verbänden und Gewerkschaften klagen zu können. So wären die  
Frauen nicht  
536 mehr auf sich allein gestellt, wenn sie vor Gericht ziehen müssen. Wir fordern die  
Hälfte  
537 der Macht für Frauen, das gilt auch für die großen europäischen Firmen. Deshalb treten  
wir  
538 für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein, die den Frauenanteil in  
Macht-  
539 und Führungspositionen so lange erhöht, bis die Parität erreicht ist. Wir wollen  
540 gleichzeitig auch dafür sorgen, dass die Führungsgremien der EU-Institutionen  
verpflichtend  
541 paritätisch besetzt werden. Mit einer starken Vereinbarkeitsrichtlinie kann Europa  
Familien  
542 unterstützen. Für uns Grüne ist es ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik, um

543 Familien zu entlasten und einen ausgewogenen Mix aus Erwerbs- und Familienarbeit  
sowie  
544 Freizeit und ehrenamtlichem Engagement zu ermöglichen.

545 Für sexuelle Selbstbestimmung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung

546 Wir kämpfen in ganz Europa für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren eigenen  
Körper und  
547 ihre Sexualität. Solidarisch stehen wir an der Seite all derjenigen, die – wie in Polen –  
548 gegen rechtskonservative Kräfte kämpfen, die legale Schwangerschaftsabbrüche  
massiv  
549 einschränken oder gar abschaffen wollen. Das Recht auf körperliche  
Selbstbestimmung,  
550 selbstbestimmte Familienplanung und Zugang zu sicherer Verhütung muss für alle  
551 sichergestellt sein und darf insbesondere nicht von den finanziellen Möglichkeiten  
abhängig  
552 sein. Deshalb wollen wir den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln stärken.

553 Erstmals gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument  
zur  
554 umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention. Das ist  
eine große  
555 Errungenschaft, mit der überall in Europa der Schutz vor Gewalt verbessert werden  
kann.

556 Nachdem auch die EU die Konvention ratifiziert hat, setzen wir uns nun dafür ein, dass  
diese  
557 wichtige Vereinbarung konsequent in den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird.

558 Dafür fordern wir eine Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die konkrete Ziele vorgibt,  
damit  
559 Frauen und Mädchen - u.a. auch in den EU-Ländern, die die Konvention noch nicht  
ratifiziert  
560 haben - besser geschützt werden und Verletzungen sanktioniert und vor dem  
Europäischen  
561 Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende Förderprogramme für  
Hilfs-  
562 und Beratungsangebote aufstocken, damit etwa Hilfsstrukturen ausreichend finanziert  
sind.

563 Der Einsatz gegen Gewalt an Frauen umfasst für uns auch den Kampf gegen weibliche  
564 Genitalverstümmelung, sowohl inner- als auch außerhalb Europas.

565 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und der Ausbeutung von  
Arbeitskraft muss  
566 in Europa konsequent und wirkungsvoll bekämpft werden: mit Hilfe des Strafrechts,  
durch  
567 Information und Beratung, durch die konsequente Durchsetzung der Arbeits- und  
Sozialrechte  
568 der Betroffenen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer. Diese dürfen nicht einfach  
in  
569 ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, sondern brauchen Schutzprogramme und  
ein  
570 dauerhaftes Bleiberecht. Nur so können wir die Anzeige- und Aussagebereitschaft

deutlich

571 erhöhen und damit Menschenhandel effektiv bekämpfen.

572 Gleichberechtigungs-Check in Politik und Haushalt

573 In einem Europa der Gleichberechtigung sollen Frauen und Männer zu gleichen Teilen von

574 politischem Handeln erreicht werden. Deswegen wollen wir Gender Mainstreaming konsequent

575 umsetzen. Das bedeutet, alle politischen Maßnahmen werden auf ihre Auswirkungen auf die

576 Gleichstellung der Geschlechter überprüft. Außerdem müssen Frauen gleichermaßen von

577 europäischen Geldern profitieren. Damit das sichergestellt wird, braucht es einen

578 „Gleichberechtigungs-Check“ des jährlichen EU-Haushalts, also ein Gender-Budgeting. Um

579 gleichberechtigte Lebensverhältnisse erreichen zu können, bedarf es einer verlässlichen

580 wissenschaftlichen Grundlage zu Antidiskriminierungspolitik und geschlechtsspezifischen

581 Aspekten in allen Politikfeldern. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen muss

582 dafür besser finanziert werden.

583 Wer GRÜN wählt, stimmt für

584 • gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Arbeit,

585 • Schutz vor sexualisierter Gewalt für alle Frauen und Kinder,

586 • sexuelle Selbstbestimmung von Frauen.

### 587 **3.5 Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans\*, Inter\* und Queer\*Menschen (LSBTIQ\*)**

#### 588 **stärken**

589 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat in vielen Ländern die Lebenssituation von

590 LSBTIQ\* erheblich verbessert. Die EU hat starke Impulse gesetzt für Gleichberechtigung und

591 gegen Diskriminierung. Auch in Deutschland wäre es ohne die Antidiskriminierungsrichtlinien

592 der EU nicht gelungen, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz durchzusetzen. Die EU-

593 Grundrechtecharta enthält ein Verbot der Diskriminierung wegen der „sexuellen Ausrichtung“.

594 Wir treten für ein Europa ein, in dem jeder Mensch frei leben kann – unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Das von der EU formulierte Ziel, einen Raum

595 der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu schaffen, muss für alle Menschen und Gruppen

597 Wirklichkeit werden.

598 Nach jahrzehntelangem Kampf für die „Ehe für alle“ dürfen in Deutschland und  
ungefähr der  
599 Hälfte der anderen EU-Länder nun endlich gleichgeschlechtliche Paare heiraten.  
Weitere  
600 Mitgliedstaaten bieten die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft. Nur in sechs  
601 Mitgliedsstaaten ist noch keinerlei rechtliche Absicherung vorgesehen. Obwohl  
vielerorts  
602 Gleichberechtigung auf dem Papier besteht, werden Menschen aufgrund ihrer  
sexuellen  
603 Orientierung und Geschlechtsidentität immer noch abgewertet oder benachteiligt.  
604 Rechtsnationale Kräfte versuchen, in ihrem Kampf gegen eine demokratische und freie  
Gesellschaft autoritäre und patriarchale Wertvorstellungen wieder zum  
605 Gesellschaftsideal zu  
606 machen. Der Schutz von Minderheiten gehört jedoch zu den Grundwerten der  
Europäischen Union.  
607 Wir stehen in ganz Europa an der Seite der LSBTIQ\* und stellen uns den Angriffen  
gegen ihre  
608 Gleichberechtigung entgegen. Wir engagieren uns im Zuge der gemeinsamen  
Außenpolitik der EU  
609 sowie in der Entwicklungszusammenarbeit für ihre Rechte und wollen ihnen bei  
Verfolgung in  
610 der EU Schutz und Asyl bieten.

611 Wir wollen, dass die EU in ihrer Außen-, Handels- und Menschenrechtspolitik als  
Garantin der  
612 Grundrechte und Grundfreiheit auftritt. Die EU-Förderung von gemeinsamen Projekten  
in  
613 Grenzregionen muss die Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit einschließen.  
Auch  
614 gegenüber ihren Dialogpartner\*innen in aller Welt muss die EU immer betonen: Die  
Verfolgung  
615 von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtliche Identität ist  
eine  
616 schwere Verletzung der universellen Menschenrechte.

617 In einigen EU-Mitgliedstaaten gelten sogenannte „Anti-Propaganda“-Gesetze, die  
618 Diskriminierung und Hass gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\*, Inter\* und  
619 Queer\*Menschen befördern, indem etwa im Schulunterricht nicht mehr über Sexualität  
und  
620 Homosexualität gesprochen werden darf. In Ungarn gibt es staatlich orchestrierte  
Angriffe  
621 auf Wissenschaftler\*innen, die sich mit Diskriminierung aufgrund von sexueller und  
622 geschlechtlicher Identität befassen.

623 Wir packen die bestehenden Probleme an und stocken die Mittel für Aufklärungsarbeit  
und das  
624 „Programm für die Förderung von Vielfalt“ auf.

625 Wir fordern eine europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften und  
626 gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien und die damit verbundene  
Anerkennung  
627 ihrer Rechte als ersten Schritt auf dem Weg zur Öffnung der Ehe in ganz Europa. Der

628 Europäische Gerichtshof hat im Frühjahr 2018 geurteilt, dass ein in einem  
Mitgliedsland  
629 anerkanntes eingetragenes Paar auch in einem anderen als solches anerkannt werden  
muss.

630 Jetzt gilt es, diese Rechtsprechung auch in allen Mitgliedsländern durchzusetzen.

631 Innerhalb der EU gibt es aber auch Positivbeispiele, von denen wir lernen können. In  
Ländern

632 wie Irland, Malta und Dänemark können Trans\*Personen eine Anpassung der  
633 Geschlechtszugehörigkeit vornehmen, ohne sich einem entwürdigenden Gutachten zu  
unterziehen.

634 Wir wollen, dass in allen EU-Staaten Vornamen- und Personenstandsänderungen durch  
einen

635 unkomplizierten Verwaltungsakt ermöglicht werden. Eine Geschlechtszugehörigkeit  
kann

636 schließlich nur von den betreffenden Menschen selbst festgelegt werden.

637 Wer GRÜN wählt, stimmt für

638 • mehr Geld für das „Programm für die Förderung von Vielfalt“,

639 • die europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften,  
gleichgeschlechtlicher Ehen  
640 und Regenbogenfamilien,

641 • eine einfache Änderung des Personenstandes bei Anpassung der  
Geschlechtszugehörigkeit,

642 • den Wegfall von entwürdigenden Gutachten bei der Geschlechtsanpassung.

### 643 **3.6 Gegen Diskriminierung und Ausgrenzung - Menschenfeindlichkeit bekämpfen**

644 Europa zeichnet sich durch Diversität und ein Miteinander verschiedener Religionen,  
645 Sprachenvielfalt, Kulturen und Bräuche aus. Um noch besser zusammenzuwachsen,  
müssen wir

646 stärker gegen Hass und Menschenfeindlichkeit gegenüber bestimmten Gruppen  
vorgehen und die

647 Gleichheit vor dem Gesetz sicherstellen.

648 Niemand darf in Europa für seine Herkunft, sein Aussehen oder seinen Glauben  
diskriminiert

649 oder angefeindet werden. Das ist auch durch die Europäische Grundrechtecharta  
verboten. Aber

650 die Realität sieht anders aus: In den letzten Jahren steigen in einigen Mitgliedstaaten  
651 körperliche und verbale Angriffe auf Minderheiten und Einzelpersonen wieder. Die EU  
muss

652 deshalb die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stärker  
voranbringen.

653 Rassismus nimmt zu. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe oder  
ethnischen

654 Zugehörigkeit im öffentlichen Raum, bei der Arbeit, in der Schule oder Kita  
angefeindet oder

655 gar angegriffen. Zusätzlich führen unterschwelliger Rassismus und Diskriminierungen  
im  
656 Alltag, zum Beispiel bei der Wohnungssuche, zu einer kontinuierlichen Benachteiligung  
und  
657 Belastung für die betroffenen Menschen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen  
und  
658 streiten für ein demokratisches Miteinander. Dafür braucht es gesellschaftlicher  
659 Sensibilisierung für das Problem Rassismus, den Abbau bestehender  
Diskriminierungen und  
660 effektiver Strategien, beispielsweise zur Stärkung von Betroffenen ("Empowerment").

661 Durch Antisemitismus im Alltag leben viele Jüdinnen und Juden in europäischen  
Ländern nicht  
662 mehr sicher. Antisemitismus findet sich heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen in  
663 unterschiedlichen Ausformungen, zum Beispiel an Schulen, wo es immer wieder zu  
psychischen  
664 und körperlichen Schikanen kommt. Das ist unerträglich. Denn: „Nie wieder“ lautet  
das  
665 Versprechen, dem sich Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der massenhaften  
Ermordung der  
666 jüdischen Bevölkerung Europas verpflichtet hat. „Nie wieder“ muss Leitbild für Europas  
Zukunft sein.

667

668 Wir stellen uns jeder Art von Antisemitismus entschlossen entgegen. Der Schutz vor  
669 antisemitischen Anfeindungen und Gewalt muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe  
sein und  
670 darf keinesfalls auf die Betroffenen abgeschoben werden. Kosten für die Sicherheit  
jüdischer  
671 Einrichtungen dürfen nicht von EU-Mitgliedstaaten auf die jüdischen Gemeinden  
abgewälzt,  
672 sondern müssen staatlich finanziert werden.

673 2017 gab es allein in Deutschland fast 1.500 antisemitische und mehr als 1.000  
674 antimuslimische Straftaten. Es werden zum Beispiel Frauen mit Kopftuch im  
öffentlichen Raum  
675 angegriffen. Antimuslimischer Rassismus insgesamt ist dabei keine gesellschaftliche  
676 Randerscheinung, sondern findet sich auch in der Mitte der Gesellschaft.

677 Rechtspopulist\*innen nutzen dieses „Feindbild Muslime“ für ihre Zwecke. Wir stehen  
an der  
678 Seite der Muslim\*innen, die friedlich, freundschaftlich und tolerant gegenüber anderen  
Lebensweisen in unserer multikulturellen Gesellschaft mit uns zusammen leben. Dem  
679 Hass und  
680 stereotypen Feindbildern gegen sie stellen wir uns entschieden entgegen.

681 Eine säkulare und weltanschaulich neutrale Politik, die konsequent an  
Menschenrechten und  
682 Grundfreiheiten ausgerichtet ist, macht Europa zu einem sicheren Ort für Menschen,  
die  
683 verschiedensten Religionen oder Weltanschauungen angehören und zugleich für alle,  
die keiner  
684 Religion angehören wollen. Religions- und Glaubensfreiheit findet ihre Schranken, wo



andere  
685 in ihren Rechten und Freiheiten verletzt werden. Religiösen Fanatismus, der die offene  
686 Gesellschaft und ihre Vielfalt angreift, dulden wir nicht.

687 Für Betroffene von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind  
Anlaufstellen  
688 ein wichtiger Ort, um sich über ihre Rechte zu informieren und sie mit Unterstützung  
dieser  
689 Stellen auch durchzusetzen. Diese müssen besser ausgestattet werden.

690 Demokratieinitiativen sind der Grundbaustein, der einen friedlichen Kampf gegen  
Rassismus,  
691 Faschismus, Sexismus, Antisemitismus, Xenophobie, Homophobie, Islamophobie und  
692 Sozialdarwinismus möglich macht. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Ländern  
der EU  
693 aktiv sein können und ausreichend finanzielle Mittel für ihre wichtige Arbeit zur  
Verfügung  
694 gestellt bekommen. Nur mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Engagement kann  
der Kampf  
695 für ein weltoffenes und demokratisches Europa und gegen den europäischen  
Rechtsruck gewonnen  
696 werden.

697 Roma und Sinti gehören seit hunderten von Jahren zu Europa. Ebenso lange werden  
sie  
698 diffamiert und diskriminiert. Antiziganistische Diskriminierung ist der Hauptgrund  
dafür,  
699 dass Menschen mit Romno-Hintergrund oft arm und schlechter ausgebildet sind. Wir  
begrüßen,  
700 dass im Rahmen des EU-Plans für die Inklusion der Roma bereits wichtige Maßnahmen  
auf den  
701 Weg gebracht wurden und die EU-Kommission im Fall von Ungarn ein  
702 Vertragsverletzungsverfahren wegen anhaltender Diskriminierung von Roma im  
Bildungswesen  
703 angestrengt hat. Auch gegen die wachsende Unterdrückung in einigen weiteren  
Mitgliedsstaaten  
704 muss die EU-Kommission wirksam vorgehen. Die Mittel im Kampf gegen  
Antiziganismus müssen  
705 weiter aufgestockt, die europäische Roma-Strategie vollumfänglich auch in  
Deutschland  
706 umgesetzt und die verbindliche Anwendung der Antirassismusrichtlinie noch  
konsequenter  
707 vorangetrieben werden.

708 Zusätzlich kämpfen wir dafür, die Barrieren beim Abruf der Gelder zu verringern.  
Hierfür  
709 unterstützen wir die konkrete Projektarbeit, insbesondere wenn sie strukturelle  
710 Veränderungen ermöglicht. Ein essenzieller Bestandteil der Arbeit muss immer die  
Einbindung  
711 der Betroffenen auf Augenhöhe sein. Es braucht insgesamt intensivere  
Anstrengungen, um  
712 Betroffene zu empowern und zu fördern. Erst mit echter Hilfe zur Selbsthilfe können  
wir eine

- 713 langfristige und nachhaltige Verbesserung der Bedingungen erreichen. Es besteht ein  
714 rechtlicher Anspruch auf Teilhabe in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und  
Gesundheit.
- 715 Die Defizite bei der Durchsetzung dieses Anspruchs wollen wir sichtbar machen und  
aufheben.
- 716 Präventionsprogramme leisten wichtige Arbeit, um gruppenbezogener  
Menschenfeindlichkeit  
717 effektiv vorzubeugen. Daher wollen wir sie stärken und langfristig absichern.
- 718 Hass und Hetze finden heute nicht nur auf der Straße, sondern vermehrt auch im  
Internet und  
719 in sozialen Netzwerken statt. Dagegen wollen wir europäisch vorgehen. Wir Grüne  
streiten  
720 dafür, dass strafbare Meinungsäußerungen schnellstmöglich nach klaren,  
rechtsstaatlichen  
721 Kriterien überprüft, gegebenenfalls gelöscht und tatsächlich verfolgt werden. Hierfür  
wollen  
722 wir das bereits heute im EU-Recht verankerte ‚notice-and-take-down-Verfahren‘ weiter  
723 konkretisieren.
- 724 Rassistische und nationalistische Akteur\*innen vernetzen sich derzeit massiv.  
725 Menschenfeindliche Denkmuster verbreiten sich rasant. Beides geschieht europaweit.  
Um diese  
726 Netzwerke und Vorgänge analysieren und effektive Strategien zur Bekämpfung  
konzipieren zu  
727 können, unterstützen wir die europaweite Forschung von Demokratie- und  
728 Zivilgesellschaftsinstituten und bauen ihre Förderung aus.
- 729 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 730 • eine europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gegen  
Menschen, die  
731 zu einer bestimmten Gruppe gehören (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit),
  - 732 • eine Aufstockung der Mittel im Kampf gegen gruppenbezogene  
Menschenfeindlichkeit sowie  
733 einen erleichterten Zugang zu diesen Mitteln für Förderung und Empowerment
  - 734 • eine bessere Ausstattung der unabhängigen Gleichbehandlungsstellen,
  - 735 • eine wirksame europäische Rechtsgrundlage für die Bekämpfung von  
Hasskommentaren im  
736 Internet auch gegenüber internationalen Konzernen.
- 737 **3.7 In und mit Europa Inklusion und barrierefreie Teilhabe verwirklichen und**  
**Menschenrechte**  
738 **durchsetzen!**
- 739 Menschen mit Behinderungen müssen in ganz Europa selbstbestimmt und  
gleichberechtigt leben  
740 können.
- 741 Um ihre Rechte umzusetzen, wurden mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-  
BRK) auch für

742 die EU-Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben verankert. Menschen mit Behinderung  
müssen in  
743 allen Lebensbereichen – bei der Bildung und Erwerbsarbeit, beim Wohnen, bei Reisen  
und in  
744 ihrer Freizeit – den gleichen Zugang zur Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen  
745 Leben haben wie Menschen ohne Behinderungen. Inklusion heißt, dass alle Menschen  
746 selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und niemand  
ausgegrenzt wird.  
747 Dafür müssen Barrieren aller Art abgebaut und das Recht auf eine selbstbestimmte  
und  
748 eigenständige Lebensführung muss sichergestellt werden. Es darf kein Mensch  
gezwungen werden  
749 in einer stationären Einrichtung leben zu müssen. (Art.19 UN-BRK). Wir brauchen  
endlich  
750 einen „European Accessibility Act“, der auch private Anbieter von Waren und  
Dienstleistungen  
751 zum Abbau von Barrieren verpflichtet.

752 Die europäische Barrierefreiheits-Richtlinie verpflichtet auch private Anbieter von  
Waren  
753 und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren. Wir setzen uns für einen barrierefreien  
öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und  
754 Veranstaltungen für Alle zugänglich und nutzbar sind. Dies gilt explizit auch für  
Webseiten,  
755 Apps und sonstige digitale Angebote, soweit dies möglich ist. Hierzu ist es  
unumgänglich,  
756 auch für die Privatwirtschaft verbindliche Vorgaben für die Barrierefreiheit zu  
formulieren.

757 Der Fortschrittsbericht der europäischen Kommission kommt ungeachtet aller  
politischen  
758 Reformen zu dem Schluss, dass nicht alle von der EU und deren Mitgliedsstaaten  
ergriffenen  
759 Maßnahmen den menschenrechtsbezogenen Ansatz der UN-  
Behindertenrechtskonvention verfolgen.  
760 Wir GRÜNEN werden uns daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die  
Menschenrechte von  
761 Menschen mit Behinderung sichergestellt und die Vorgaben der UN-  
Behindertenrechtskonvention  
762 in allen EU-Mitgliedsstaaten voll umgesetzt werden. Hierzu gehört auch, dass der  
Wahlrechtsausschluss von Menschen unter ständiger gesetzlicher Betreuung  
763 aufgehoben wird.

764 Wir setzen uns dafür ein, dass die 5. Antidiskriminierungsrichtlinie endlich kommt,  
denn sie  
765 würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen. Wir halten es  
für  
766 dringend geboten, das flickwerkartige System der Gleichbehandlungsrichtlinien und -  
767 verordnungen zu vervollständigen und ein umfassendes Diskriminierungsverbot nicht  
nur  
768 aufgrund von Behinderung, sondern auch Religion oder der Weltanschauung, des  
Alters oder der

770 sexuellen Ausrichtung außerhalb des Arbeitsmarktes. International anerkannte  
Menschenrechte  
771 würden in der EU eine Rechtsgrundlage erhalten, und die VN-Konvention über die  
Rechte von  
772 Menschen mit Behinderung würde auf europäischer Ebene rechtlich umgesetzt, wie  
zum Beispiel  
773 das Recht auf Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und das Recht auf  
selbstbestimmtes  
774 Wohnen. Doch seit Jahren wird ihre Verabschiedung durch die deutsche  
Bundesregierung  
775 blockiert. Wir Grünen kämpfen weiter gegen die Blockade und für den effektiven  
Schutz gegen  
776 Diskriminierung auch außerhalb des Arbeitsmarktes.

777 Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen das Recht auf Freizügigkeit für  
sich nutzen  
778 können, ohne dass sozialrechtliche Vorschriften der Mitgliedstaaten das verhindern.  
Auch  
779 Menschen mit umfassender Betreuung sollen das Wahlrecht erhalten, das betrifft allein  
in  
780 Deutschland 81.000 Menschen.

781 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 782 • die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der EU,
- 783 • Inklusion, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit,
- 784 • das Wahlrecht für alle Menschen mit Behinderung.

### 785 **3.8. Europas Verbraucher\*innen stärken**

786 Wir treten für ein Europa ein, in dem die Rechte der Verbraucher\*innen effektiv  
geschützt  
787 werden, auch grenzüberschreitend. Denn im europäischen Binnenmarkt bewegen sich  
Waren,  
788 Kapital, Dienstleistungen und Personen frei. Wir wollen sicherstellen, dass die  
Menschen in  
789 Europa vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren geschützt werden und dass sie  
wissen,  
790 was sie konsumieren. Sie müssen ihre Rechte gegenüber Unternehmen wirksam  
geltend machen  
791 können.

792 Der Verbraucherschutz in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte: Die  
793 Datenschutzgrundverordnung, die Abschaffung der Roaming-Gebühren, das Verbot  
von  
794 Tierversuchen zur Herstellung von Kosmetika, das „Bankkonto für alle“ und ein  
795 Schnellwarnsystem für als gefährlich gemeldete Produkte sind nur einige wenige  
Beispiele.

796 Doch es gibt auch Probleme. Schon im September 2015 wurden die  
Abgasmanipulationen an VW-  
797 Dieselautos bekannt – welche Ansprüche die Kund\*innen geltend machen können, ist

aber noch  
798 immer unklar. Das liegt daran, dass für einzelne Verbraucher\*innen Aufwand und  
Risiko  
799 rechtlicher Schritte derart hoch sind, dass Unternehmen trotz betrügerischer  
800 Geschäftspraktiken selten Folgen fürchten müssen. Die Möglichkeit kollektiven  
801 Rechtsschutzes, bei dem Geschädigte wahlweise als Gruppe gemeinsam oder mit Hilfe  
von  
802 Verbänden klagen können, muss daher europaweit eingeführt werden

803 Im europäischen Bahnverkehr wollen wir ein einheitliches Ticket-System schaffen. Der  
804 Flickenteppich nationaler Fahrkarten macht die Bahn grenzüberschreitend unattraktiv.  
Häufig  
805 werden nur Einzeltickets für die Strecken der jeweiligen nationalen Anbieter  
angeboten.  
806 Verpasst ein Fahrgast wegen einer verspäteten Bahn zum Beispiel in Deutschland  
seinen  
807 Anschlusszug nach Italien, muss er auf eigene Kosten ein neues Zugticket kaufen.  
Stattdessen  
808 brauchen Fahrgäste ein anbieterunabhängiges System, mit dem sich ein Ticket für alle

809 Verkehrsträger für die gesamte EU – aus dem portugiesischen Dorf bis an die  
kroatische Küste  
810 oder aus Süditalien nach Lappland, egal ob mit Bus, Bahn oder Tram. Das  
Interrailticket, das  
811 wir allen Auszubildenden und Studierenden ein Jahr lang zur Verfügung stellen wollen,  
ist  
812 erst der Anfang und soll perspektivisch ergänzt werden durch attraktive Angebote, die  
sich  
813 jede\*r leisten kann. Neue Serviceangebote wollen wir durch die Bereitstellung offener  
Daten  
814 (Open Data) befördern.

815 Wir brauchen auch endlich verständliche und realistische Kennzeichnungen von  
Lebensmitteln.  
816 Nährwerte wollen wir durch die leicht verständliche Lebensmittelampel kenntlich  
machen. Es  
817 muss klar werden, wie viel Zucker, Salz und Fett Lebensmittel enthalten. Für  
Transfettsäuren  
818 wollen wir einen gesetzlichen Grenzwert einführen. Für sämtliche, auch verarbeitete  
819 Tierprodukte wollen wir eine EU-weite, verbindliche und umfassende  
Haltungskennzeichnung  
820 einführen, damit Verbraucher\*innen schnell erkennen können, wie ein Tier gehalten  
wurde.  
821 Bereits die Einstiegsstufe soll so ausgestaltet sein, dass die Tiere ein Leben frei von  
Leid  
822 führen können. Die Kennzeichnung soll ein echter Anreiz für eine bessere Tierhaltung  
sein -  
823 und gleichzeitig dafür sorgen, dass Bäuer\*innen angemessen entlohnt werden. Wenn  
tierische  
824 Erzeugnisse in Produkten enthalten sind oder bei der Herstellung verwendet werden,  
muss das  
825 angegeben werden.

826 Wir wollen einen starken Verbraucherschutz bei Finanzprodukten. Zu oft werden  
schlechte  
827 Produkte an Verbraucher\*innen vertrieben, in der Regel spielen dabei hohe Provisionen  
eine  
828 große Rolle. Das wollen wir ändern. Deshalb wollen wir schrittweise eine komplette  
Abkehr  
829 von Provisionen hin zu einer qualitativ hochwertigen Beratung auf Honorarbasis für  
alle.  
830 Beratung muss individuell angepasst sein und den Anleger\*innen stets den Weg zu  
guten  
831 Finanzprodukten weisen.

832 Digitale Verbraucherrechte stärken

833 Datenschutz schützt nicht nur Daten, sondern vor allem unsere Privatsphäre und  
unsere  
834 Menschenwürde. Datenschutz ist auch Verbraucherschutz. Vor allem unsere  
persönlichen  
835 Vorlieben und Interessen gehen niemanden etwas an. Informationelle  
Selbstbestimmung ist ein  
836 zentrales Grundrecht. Aber es ist gerade in Zeiten der Digitalisierung, der  
837 Plattformökonomie und des „Internets der Dinge“ neu herausgefordert.

838 Produkte und Kaufgewohnheiten haben sich fundamental geändert. Aber welche  
839 personenbeziehbare Daten im Internet preisgegeben, gesammelt und gespeichert  
werden, das  
840 sollen die Betroffenen selbstbestimmt entscheiden können- und nicht Internet-  
Giganten wie  
841 Google oder Facebook.

842 Mit der von den europäischen Grünen hart erkämpften Datenschutzgrundverordnung  
(DSVGO) hat  
843 die EU einen Meilenstein für modernen Datenschutz gesetzt. Sie sorgt dafür, dass die  
844 weltweiten Datenkonzerne in die Schranken gewiesen werden, und zeigt, dass wir als  
845 Europäische Union gemeinsam Standards setzen können, die weltweite Ausstrahlung  
haben. Ihre  
846 Umsetzung in der Praxis werden wir genau beobachten, wo nötig konkretisieren und  
weiter  
847 verbessern. Auch die zur Realisierung einer europaweit einheitlichen Aufsicht  
geschaffenen  
848 Strukturen wollen wir evaluieren und stärken.

849 So fordern wir bei der „e-Privacy“-Verordnung zum Schutz unserer elektronischen  
850 Kommunikation unter anderem, dass mobile Endgeräte wie Smartphones, Tablets oder

851 Sprachassistenten-Systeme wie Alexa oder Siri schon vom Werk aus gemäß der  
Grundsätze "Privacy  
852 by design" und "Privacy by default" den bestmöglichen Privatsphären-Schutz  
garantieren.

853 Zusätzlich erfordern es Wettbewerb und moderner Verbraucherschutz, dass die  
Grundsätze der  
854 Interoperabilität wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen, auch bei online-gestützten  
Angeboten

855 gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich ist, muss zum Beispiel  
auch  
856 bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet werden, nämlich  
unkompliziert  
857 zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und wechseln zu können.

858 Wir wollen, dass Browser-Einstellungen wie „Do not track“ rechtsverbindlich werden,  
damit  
859 nicht automatisch ein Nutzungsprofil erstellt wird. Damit unsere Grundrechte wirklich  
860 geschützt werden, brauchen wir die bestmöglichen Datenschutzgrundeinstellungen  
und  
861 Aufsichtsbehörden, die über die personellen und finanziellen Mittel verfügen, die  
862 rechtlichen Vorgaben tatsächlich durchzusetzen. Wir dringen darauf, dass die derzeit  
in  
863 Verhandlung befindliche e-Privacy-Verordnung weder weiter verzögert noch verwässert  
wird.

864 Datenschutz und IT-Sicherheit sind für uns konstituierend. Deswegen setzen wir uns  
für  
865 verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard unserer elektronischen  
Kommunikation  
866 ein. Hintertüren und Sicherheitslücken sind ein strukturelles Risiko für unsere IT-  
867 Sicherheit. . Deswegen dürfen staatliche Akteure Sicherheitslücken nicht ankaufen  
868 beziehungsweise mit ihnen hehlen. Stattdessen bedarf es der Pflicht, solche Lücken  
umgehend  
869 zu melden, und sie schnellstmöglich zu schließen.

870 Technische Geräte mit Zugang zum Internet erobern zudem immer mehr unseren  
Alltag: So  
871 reguliert die intelligente Heizung entsprechend der Wettervorhersage selbständig die  
872 Zimmertemperatur, und die Spielzeugpuppe kommuniziert mit Kindern. Sind diese  
Geräte nicht  
873 ausreichend geschützt, bieten sie ein Einfallstor für kriminelle Hacker, die sich in die  
874 Systeme einschalten könnten, um sie zu manipulieren.

875 Wir fordern verpflichtende Mindeststandards für die IT-Sicherheit von technischen  
Geräten.  
876 Dazu gehören Verschlüsselung, Software, die auf dem neuesten Sicherheitsstand ist,  
und  
877 regelmäßige kostenlose Software-Updates sowie starke  
Authentifizierungsmechanismen bei  
878 vernetzten Geräten.

879 Wenn ein Sicherheitsproblem bei einem Auto festgestellt wird, wie zum Beispiel eine  
880 mangelhafte Bremse, ist klar, dass der Hersteller dafür haftbar gemacht werden kann  
und die  
881 fehlerhaften Autos zurückrufen muss. Doch für Software gibt es bislang noch keinerlei  
882 Produkthaftung auf europäischer Ebene. Das muss sich ändern: Kommerzielle  
Hersteller von  
883 Software müssen haften, wenn sie regelmäßige Sicherheitsupdates nicht bereitstellen  
und  
884 bekannte Sicherheitslücken nicht schließen.

885 Bei dem Einsatz von Algorithmen muss gewährleistet werden, dass die  
886 Entscheidungen für die  
887 Verbraucher\*innen überprüfbar, transparent und diskriminierungsfrei erfolgen. Je  
888 sensibler  
889 und teilhaberelevanter die Anwendungsfelder, desto mehr Kontrolle durch staatliche  
890 Behörden  
891 ist notwendig. In Bereichen, die den Kern der persönlichen Grundrechte, unseres  
892 Rechtsstaates oder seiner Solidarsysteme berühren, lehnen wir den bislang  
893 unregulierten  
894 Einsatz ab. Hier bedarf es europaweit geltender, verbindlicher Vorgaben.

891 Die illegitime Einflussnahme auf demokratische Willensbildungsprozesse ist heute ein  
892 sehr  
893 ernstzunehmendes Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass politische Werbung im  
894 Internet und  
895 sogenanntes Microtargeting streng reguliert werden. Das umfasst unter anderem klare  
896 Vorgaben  
897 bezüglich eingesetzter Höchstbeträge und die Offenlegung und transparente  
898 Kennzeichnung von  
899 Werbung und parteipolitischer Information. Für den Empfänger muss jederzeit  
900 ersichtlich  
901 sein, auf welcher Grundlage er welche Werbung erhält. Demokratische Diskurse,  
902 politische  
903 Willensbildungsprozesse und Wahlen müssen effektiv geschützt werden.  
904 Missbräuchlich  
905 eingesetzte "social bots" können gezielt Desinformationen massenhaft verbreiten und  
906 Relevanz  
907 vortäuschen. Bei der notwendigen Bekämpfung wollen wir auch die Betreiber digitaler  
908 Plattformen in die Pflicht nehmen: Der Einsatz von bots muss klar erkennbar sein.  
909 Auch hier  
910 bedarf es einer europaweit geltenden, verbindlichen Regelung.

902 Produkte nachhaltiger und sicherer machen

903 Produkte des alltäglichen Lebens, von Essen über Kleidung bis zu Kosmetika oder  
904 Gebrauchsgegenständen, wollen wir sicher machen – durch strengere Grenzwerte bis  
905 hin zu  
906 Verboten gesundheitsgefährdender Stoffe. Aus PVC und PVC-Weichmachern wollen wir  
907 wegen der  
908 gesundheitlichen Risiken aussteigen. Nanopartikel kommen bereits in Lebensmitteln,  
909 Kosmetika  
910 oder Medikamenten zum Einsatz, ihre Unbedenklichkeit ist aber nicht eindeutig  
911 festgestellt.

908 Wir fordern daher ein Register für Nanoprodukte. Die Definition von „Nanopartikeln“  
909 muss so  
910 eng gefasst werden, dass es keine Schlupflöcher gibt.

910 Spätestens seit dem Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza 2013 hat bei vielen  
911 Menschen ein  
912 Umdenken stattgefunden: Die Nachfrage nach fairer Kleidung steigt kontinuierlich. Wir  
913 wollen, dass faire Mode Standard wird. Daher setzen wir uns für eine europäische  
914 Transparenzrichtlinie ein, die die gesamte Herstellungs- und Lieferkette der



## Textilindustrie

- 914 umfasst und die Einhaltung konkreter Sorgfaltspflichten auf allen Stufen garantiert.
- 915 Frühzeitiger Verschleiß von Produkten ist für die Verbraucher\*innen ein teures Ärgernis,
- 916 verschwendet Ressourcen und lässt die Müllberge weiter wachsen. Unser Ziel sind langlebige
- 917 Produkte, die repariert und recycelt werden können. Deswegen wollen wir ein europäisches
- 918 „Recht auf Reparatur“ schaffen, das Hersteller von Geräten verpflichtet, langfristig
- 919 Ersatzteile anzubieten sowie Reparaturanleitungen zu veröffentlichen. Wir fordern eine
- 920 verbindliche europäische Regelung gegen eine absichtliche Verkürzung der Lebensdauer von
- 921 Produkten. Außerdem müssen die Hersteller einer Rücknahmepflicht unterliegen, die Recycling
- 922 sicherstellt.
- 923 Für Soft- und Hardware braucht es Klarheit darüber, wie lange (Sicherheits-)Updates durch
- 924 die Hersteller zur Verfügung gestellt werden. Zudem brauchen wir klare Anforderungen an die
- 925 Lebensdauer und zur Kompatibilität mit Vorgängerversionen und -modellen. Die europäischen
- 926 Regelungen für die Gewährleistung wollen wir an die Lebensdauer von Produkten anpassen und
- 927 auch auf kommerzielle Software ausweiten. Gleichzeitig wollen wir Open-Hardware- und Open-
- 928 Source-Software-Produkte besonders fördern, da diese auch nach Ende der
- 929 Herstellerunterstützung noch weitergenutzt werden können.
- 930 Oft braucht man für ein neues Gerät auch ein neues Ladekabel, weil das alte nicht passt. Für
- 931 Ladegeräte und -kabel von Smartphones, Tablets und Laptops muss es einen einheitlichen und
- 932 verbindlichen europäischen Standard geben.
- 933 Wer GRÜN wählt, stimmt für
- 934 • den Schutz der Privatsphäre bei Smartphones, Tablets und „smarten“ Assistenten von
  - 935 Anfang an,
  - 936 • eine verbindliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung als Standard bei elektronischer Kommunikation,
  - 937
  - 938 • eine Rücknahmepflicht bei den Herstellern für ein sicheres Recycling unserer Produkte,
  - 939 • einen einheitlichen europäischen Standard für Ladegeräte und -kabel.

## 940 **3.9 Kriminalität und Terror bekämpfen, Freiheit sichern**

941 Schlagbäume schaffen kein Mehr an Sicherheit. Zur Verteidigung unserer Freiheit und  
gegen  
942 Kriminalität und Terror brauchen wir eine stärkere europäische Kooperation der  
943 Sicherheitsbehörden. Zahlreiche Straftaten wie Wohnungseinbruchdiebstahl,  
Taschendiebstähle  
944 oder Betrugsdelikte erfolgen grenzübergreifend. Dementsprechend muss die Polizei  
auch  
945 grenzübergreifend agieren. Auch islamistisch und rechtsextrem motivierter  
Terrorismus agiert  
946 grenzüberschreitend. Dem stellen wir uns zur Verteidigung unserer Freiheit und zum  
Schutz  
947 der Bürger\*innen entschlossen entgegen. Hierfür setzen wir auf wirksame Prävention  
und  
948 effektive Strafverfolgung. Das gilt insbesondere für den EU-weiten Datenaustausch  
und die  
949 Pflege von Datenbanken. Bei allen Maßnahmen haben für uns rechtsstaatliche  
Standards wie  
950 Rechtsklarheit, der Bestimmtheitsgrundsatz und das Verhältnismäßigkeitsprinzip  
höchste  
951 Priorität. Das heißt, anders als die derzeit verfolgte Politik wollen wir nicht, dass unsere  
Sicherheitskräfte  
952 Sicherheitskräfte anlasslos jede Menge Daten sammeln oder dass veraltete Technik  
effektive  
953 Abgleiche verhindert. Wir wollen eine präzise und konsequente Strafverfolgung. Eine  
maßlose  
954 Politik immer weiter reichender Grundrechtseingriffe hingegen schwächt unsere  
Freiheit und  
955 sorgt nicht für mehr Sicherheit.

956 Europäisches Kriminalamt schaffen

957 Unsere Sicherheit darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, dass die Polizeibehörden  
der  
958 Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit versagen und die Überwachung von  
Verdächtigen an den  
959 innereuropäischen Grenzen endet. Deshalb fordern wir den Aufbau eines Europäischen  
Kriminalamts (EKA). Das heißt, dass die derzeit weitgehend befugnisfreie europäische  
960 Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach dem Vorbild des  
961 Bundeskriminalamts  
mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Sie braucht eigenständige  
962 Ermittlungsmöglichkeiten und -befugnisse, um in relevanten Fällen  
963 grenzüberschreitender  
Kriminalität selbst einschreiten zu können. Sie muss ebenso effektiv wie  
964 rechtsstaatlich  
gegen Terrorismusverdächtige, Mafiaorganisationen, Menschenhandel, aber auch  
965 länderübergreifend agierende Einbruchsbanden und die gewaltbereite rechte Szene  
vorgehen.  
967 Dafür braucht sie ausreichend Ressourcen und Personal. Kurzfristig wollen wir im  
Rahmen des  
968 bestehenden Rechts Europol durch multinationale Ermittlungsgruppen (Joint

Investigation  
969 Teams) stärken.

970 Europaweite Vernetzung der Polizei

971 Während andere Parteien reflexartig neue Eingriffsbefugnisse, Überwachungsgesetze  
und  
972 Grundrechtseingriffe fordern, wollen wir die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der  
EU-  
973 Staaten verbessern. Dazu wollen wir ein europaweites Austauschprogramm für  
Polizist\*innen  
974 ins Leben rufen. Die Zusammenarbeit von Polizist\*innen in länderübergreifenden  
975 Ermittlungsteams wollen wir mit zusätzlichen Mitteln aus dem EU-Haushalt fördern.  
Denn wer  
976 gemeinsam im Team zusammengearbeitet hat, greift schneller zum Telefon, um seine  
Kolleginnen  
977 und Kollegen aus anderen EU-Staaten zu informieren oder um Rat zu fragen. Dabei ist  
uns  
978 wichtig, dass diese Vernetzung höchsten datenschutz-, bürgerrechtlichen und  
979 rechtsstaatlichen Standards entspricht. Daher lehnen wir auch eine Weitergabe von  
sensiblen,  
980 personenbezogenen Daten an solche Staaten ab, die diese nicht einhalten. Unter  
dieser  
981 Bedingung kann auch das bestehende Europol-Informationssystem (EIS) weiter  
ausgebaut  
982 werden, so dass ein Abgleich der nationalen Polizeidatenbanken mit den Europol-  
Systemen  
983 möglich wird und Ermittler so vor Ort schneller feststellen können, ob Straftäter  
984 grenzüberschreitend agieren und die polizeiliche Rechtshilfe weiter optimiert wird.

985 Geheimdienste einhegen und scharf kontrollieren  
986

987 Die Veröffentlichungen von Edward Snowden haben ein System der globalen  
anlasslosen  
988 Massenüberwachung offenbart, die europäischen Grundrechten diametral  
entgegenlaufen.

989 Deswegen setzen wir Grüne uns für eine scharfe parlamentarische Kontrolle, klare  
990 Rechtsgrundlagen, die Einhaltung des Trennungsgrundsatzes und eine europaweite  
Begrenzung  
991 nachrichtendienstlicher Befugnisse ein.

992 Europäische Staatsanwaltschaft ausbauen

993 Der künftigen Europäischen Staatsanwaltschaft stehen wir positiv gegenüber. Sie kann  
994 perspektivisch als zentrale Ermittlungs- und Anklagebehörde eine entscheidende Rolle  
auch  
995 bei der Strafverfolgung von grenzüberschreitendem Terrorismus und organisierter  
Kriminalität  
996 einnehmen und sollte nicht auf die Verfolgung von Betrug zu Lasten der EU beschränkt  
997 bleiben. Noch nehmen aber nicht alle Mitgliedsstaaten an der Europäischen  
Staatsanwaltschaft

998 teil. Dies ist nicht ausreichend. Wir werben dafür, dass alle Mitgliedsstaaten mitwirken  
und  
999 wollen, dass ein künftiges Europäisches Kriminalamt im Auftrag der Europäischen  
1000 Staatsanwaltschaft die Ermittlungen durchführt. Rechtsstaatlichkeit und Opferschutz  
sowie  
1001 Grundrechte, Beschuldigten- und Verteidigerrechte müssen ohne Absenkung des  
Schutzniveaus  
1002 gewährleistet sein, auch bei grenzüberschreitender Herausgabe- und  
Speicheranordnung für  
1003 elektronische Beweismittel in Strafsachen (E-Evidence).

1004 Organisierte Kriminalität bekämpfen - Terrorismusnetzwerke aufdecken

1005 Um die Finanzierungsquellen von Netzwerken im Bereich der organisierten Kriminalität  
und des  
1006 Terrorismus auszutrocknen, möchten wir eine zentrale europäische Behörde für den  
Kampf gegen  
1007 Geldwäsche schaffen. Wir wollen, dass Banken nur bei konkreten Verdachtsfällen und  
unter  
1008 höchsten rechtsstaatlichen Standards verdächtige Kontobewegungen direkt auch an  
die  
1009 europäische Stelle melden.

1010 Rechtswidrige, gewaltverherrlichende Propaganda und terroristische Online-Inhalte  
müssen  
1011 nicht nur nach transparenten rechtsstaatlichen Kriterien schnellstmöglich gelöscht,  
sondern  
1012 auch von den nationalen Strafverfolgungsbehörden konsequent verfolgt werden.  
Hierfür bedarf  
1013 es einer zuverlässigen Kooperation der Plattformen mit den Strafverfolgungsbehörden.

1014 Prävention stärken und Waffenrecht verschärfen

1015 Wir wollen Radikalisierung und Kriminalität von Anfang an verhindern und  
1016 Präventionsprogramme europaweit ausbauen. Insbesondere Programme zur  
Deradikalisierung und  
1017 für Aussteiger\*innen aus der islamistischen und gewaltbereiten rechten Szene wollen  
wir  
1018 etablieren und stärken. Um schwere Straftaten wie etwa Amoktaten zu verhindern,  
muss der  
1019 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale  
1020 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen. Alle gefährlichen  
Waffen müssen  
1021 lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer\*innen  
regelmäßig  
1022 geprüft werden. Wir wollen eine europaweite einheitliche Kennzeichnung und  
gemeinsame  
1023 Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.

1024 Angesichts der Zunahme rassistisch motivierter Gewalttaten und der Ausbreitung  
rechten  
1025 Gedankenguts muss die demokratische Zivilgesellschaft umso mehr gestärkt werden.  
Während

1026demokratiefeindliche Gruppen sich international austauschen und ihre Kräfte bündeln,  
1027verbleiben demokratische Initiativen meist sehr lokal verhaftet.

1028Wir setzen uns für die finanzielle Unterstützung, die Vernetzung und den  
internationalen  
1029Austausch der demokratischen Kräfte ein. Entsprechende Fördermittel und Programme  
auf EU-  
1030Ebene müssen aufgestockt werden. Eine besondere Rolle spielt dabei eine alltags- und  
1031lebensweltbezogene Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen.

1032Datenschutz sicherstellen

1033Die europäischen Innenminister, tatkräftig unterstützt von der Großen Koalition in  
Berlin,  
1034fordern nach jedem Terroranschlag geradezu reflexhaft zusätzliche Datenbanken und  
1035Massenüberwachung. Wer mit dem Flugzeug nach Europa reist, wird anlasslos  
registriert  
1036werden, egal ob es sich um Terrorverdächtige, Tourist\*innen oder Geschäftsreisende  
handelt.  
1037Bestehende Polizei- und Grenzkontrollsysteme werden gerade verschärft, neue  
befinden sich im  
1038Aufbau.

1039Die EU-Richtlinie zur Fluggastdatenspeicherung halten wir für rechtswidrig. Es ist nicht  
mit  
1040unseren Grundrechten vereinbar, dass alle, die einen Flug buchen, wie Verdächtige  
behandelt  
1041werden und hinnehmen müssen, dass ihre Daten fünf Jahre lang gespeichert und  
fortlaufend  
1042einer automatisierten Rasterfahndung unterzogen werden. Auch die anlasslose  
1043Vorratsdatenspeicherung von Handy- und Kommunikationsdaten ist bereits zweimal  
vom  
1044Europäischen Gerichtshof als grundrechtswidrig aufgehoben worden. Einen neuen  
Anlauf zur  
1045europaweiten Kommunikationsüberwachung wird es mit uns Grünen nicht geben. Wir  
kämpfen  
1046weiterhin mit aller Vehemenz gegen alle Formen von anlasslosen  
Vorratsdatenspeicherungen.

1047Die angestrebte Datensammlung kostet viel Geld, das bei der gezielten Überwachung  
und  
1048Verfolgung von terroristischen und anderen Gewaltbereiten fehlt. Während die EU-  
Staaten  
1049Milliarden in den Aufbau neuer Datenbanken investieren, hat die europäische  
1050Ermittlungsbehörde Europol ein jährliches Budget von wenigen hunderttausend Euro  
für  
1051Ermittlungsteams. Viel zu oft enden deshalb Ermittlungen an nationalstaatlichen  
Grenzen.

1052Gleichzeitig werden bestehende Datenbanken, in denen Personen erfasst sind, wie  
zum Beispiel  
1053im Schengener oder im Europol-Informationssystem, derzeit nicht richtig genutzt, weil  
es an

1054 Personal und Informationsaustausch zwischen den EU-Staaten mangelt. Hier gibt es  
1055 dringenden  
1056 Änderungsbedarf. Bei der notwendigen Effektivierung des Informationsaustauschs und  
1057 der  
1058 Zusammenlegung von Datenbanken müssen höchste datenschutzrechtliche Standards  
1059 beachtet  
1060 werden.

1058 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 1059 • eine effektive wie rechtsstaatliche europäische Sicherheitsarchitektur, die Freiheit  
1060 schützt und Sicherheit garantiert,
- 1061 • ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche  
1062 Kompetenzen  
1063 für die Europäische Staatsanwaltschaft,
- 1063 • eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche,
- 1064 • eine konsequente Präventionsarbeit und eine EU-weite Verschärfung des  
1065 Zugangs zu  
1066 gefährlichen Waffen,
- 1066 • die Wahrung und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten der Bürger\*innen  
Europas .